

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 11/4225 —

Betr.: Mehrwegflasche für die Schulmilch

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Bruns (Reinhausen) (SPD) vom 4. 8. 1989

Seit Wochen boykottieren zahlreiche Schulen den Bezug von Milch in Einwegverpackungen und fordern von den Molkereien umgehende Lieferung der Milch in Mehrwegflaschen. In niedersächsischen Tageszeitungen findet eine heftige, teils feindliche Auseinandersetzung zwischen Schulen und Schülervertretungen einerseits und Molkereien andererseits statt, in der den Molkereien mangelndes Umweltbewußtsein und unsachgemäße Argumentation vorgeworfen wird. Dies alles dient weder den wohlverstandenen Interessen der milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe und der Molkereien, noch der ausreichenden Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit den gesundheitsdienlichen Milcherzeugnissen, noch einem wirksamen Umweltschutz. Einige Molkereien haben zugesagt, nach den Schulferien versuchsweise Schulen in einigen Städten mit Milch in Mehrwegflaschen zu beliefern. Die Molkereien weisen darauf hin, daß die Investitionen für die Umstellung auf Mehrwegflaschen erheblich sind, eine flächendeckende Belieferung aller Schulen aus Kosten- und Organisationsgründen nicht möglich und die Milch in Mehrwegflaschen teurer sei. Sie befürchten aufgrund von Erfahrungen der Südmilch und der Schweizer Molkereiwirtschaft sowie des geringen Anteils der bisher schon angebotenen 1-Liter-Milchflaschen am Gesamtabsatz von Trinkmilch einen Rückgang des Milchabsatzes an den Schulen.

Aus Gründen des Umweltschutzes und einer bedarfsgerechten Versorgung auch der Schulen in den ländlichen Gebieten mit Milch in Mehrwegflaschen müßte erwartet werden, daß die Landesregierung sich in die Auseinandersetzung einschaltet und Vorkehrungen trifft, die den Absatz von Milch in Mehrwegflaschen begünstigen und die eine Versorgung aller Schulen mit Milch sicherstellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die Forderung der Schulen nach Belieferung mit Milch in Mehrwegflaschen?
2. Hält sie es für vertretbar, wenn lediglich Schulen in Ballungsgebieten und größeren Städten mit Milch in Mehrwegflaschen und Schulen in ländlichen Gebieten teilweise überhaupt nicht mehr mit Milch beliefert werden?
3. Sieht sie sich imstande, auf die niedersächsische Milchwirtschaft und die Molkereien hinzuwirken, damit diese aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der flächendeckenden Belieferung der Schulen mit Milch in Mehrwegflaschen diese Aufgabe in einem Verbund lösen?
4. Ist sie bereit und in der Lage, Marktstrukturmittel oder andere Fördermittel für die erforderlichen Investitionen für die Umstellung auf Mehrwegflaschen und Verbesserung der Milchversorgung der Schulen bereitzustellen?
5. Welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, damit die Verbraucher nicht wegen zu hohen Preisunterschieds vom Kauf von Milch in Mehrwegflaschen Abstand nehmen oder auch der Milchabsatz an Schulen zurückgeht?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
— 01 — 01 420/5 — 11/4225 —

Hannover, den 14. 12. 1989

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort vom 16. 3. 1989 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Bartels zur Frage der Verpackungen von Schulmilch ihre Auffassung dargelegt (Landtagsdrucksache 11/3716).

Die Landesregierung bewertet den Verkauf von Schulmilch in Mehrweggefäßen positiv und unterstützt entsprechende Aktivitäten. Sie begrüßt es daher, wenn sich Schüler aus eigener Initiative mit den Problemen des Umweltschutzes auseinandersetzen. Sie prüft, ob und welche Möglichkeiten bestehen, den Verkauf von Getränken in Mehrweggefäßen Vorzug einzuräumen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1:

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Zu 2:

Die Landesregierung legt Wert darauf, daß alle Schulen mit Milch versorgt werden.

Zu 3:

Das Niedersächsische Umweltministerium steht mit der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V. in Verbindung, um eine reibungslose, flächendeckende und kostengünstige Schulmilchversorgung sicherzustellen. Es will mit Landesmitteln ein Versuchsvorhaben fördern, Schulmilch mittels Selbstzapfanlagen (Dispenser) auszugeben, so daß Abfall aus Einzelverpackungen dann überhaupt nicht mehr anfällt. Bei diesem Vorhaben benutzen die Schüler eigene Trinkgefäße.

Die Landesregierung geht davon aus, daß die nieders. Milchwirtschaft und die Molke-reinen bereit und fähig sind, den Erfordernissen eines sich ändernden Marktes aus eigener Kraft zu entsprechen. Einzelne Unternehmen haben bereits eine Umstellung auf das Mehrwegsystem angekündigt bzw. versuchsweise realisiert.

Zu 4:

Auf die Antwort der Landesregierung vom 16. 3. 1989 zur Frage 4 der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Bartels (Drs 11/3716) wird verwiesen.

Zu 5:

Die Landesregierung geht davon aus, daß durch einen geringfügig höheren Preis für Milch in Mehrweggefäßen der Milchabsatz an den Schulen nicht zurückgeht, zumal gerade Eltern und Schüler eine solche Lieferungsweise mit Nachdruck fordern.

Horrmann